

**Protokoll zum DGV-Symposium am 30. Juni 2009  
im Haus der Kulturen der Welt, Berlin**

**Staatliche Institutionen und Integration: Ethnologische Perspektiven**

Das Pressereferat der Deutschen Gesellschaft für Völkerkunde (DGV) hatte FachvertreterInnen<sup>1</sup> der Ethnologie aus Lehre und Forschung, ihre in der Praxis tätigen Fachkollegen sowie Vertreter öffentlicher Institutionen zu einer Diskussionsrunde „**Staatliche Institutionen und Integration: Ethnologische Perspektiven**“ in das Haus der Kulturen der Welt nach Berlin eingeladen. Für alle Teilnehmer bildete das Thema „Integration“ den Schwerpunkt ihrer Forschungs- Lehr- oder praktischen Tätigkeit. Finanziert wurde dieses Zusammentreffen von der VolkswagenStiftung und organisiert von Dr. Shahnaz Nadjmabadi (Pressereferat der DGV und Institut für Ethnologie, Goethe-Universität, Frankfurt/M.) und Dr. Richard Kuba (Pressereferat der DGV und Frobenius-Institut, Frankfurt/M.). Teilgenommen haben:

1) *Ethnologie aus Forschung und Lehre:*

Prof. Dr. Helene Basu (Institut für Ethnologie, Westfälische Wilhelms-Universität Münster)

Prof. Dr. Hansjörg Dilger (Institut für Ethnologie, Freie Universität Berlin)

Prof. Dr. Hans Peter Hahn (Vorstand der DGV und Institut für Ethnologie, Goethe-Universität Frankfurt/M.)

Dr. Sabine Klocke-Daffa (Institut für Ethnologie, Eberhard-Karls-Universität Tübingen)

Prof. Dr. Ingrid Kummels (Lateinamerika-Institut, Freie Universität Berlin)

Prof. Dr. Werner Schiffauer (Institut für Ethnologie, Europa-Universität Viadrina Frankfurt/O.)

Prof. Dr. Michael Schnegg (Institut für Ethnologie, Universität Hamburg)

Prof. Dr. Susanne Schröter (Institut für Ethnologie, Goethe-Universität Frankfurt/M.)

Prof. Dr. Martin Sökefeld (Institut für Ethnologie, Ludwig-Maximilians-Universität München).

2) *Ethnologen aus der Praxis:*

Dr. Ursula Bertels (Ethnologie in Schule und Erwachsenenbildung e.V., Münster)

Dr. Eva Maria Blum (Amt für multikulturelle Angelegenheiten, Frankfurt/M.)

Andreas Germershausen (Büro des Beauftragten des Berliner Senats von für Integration und Migration, Berlin)

Maraike Krull de Hawie (Büro des Integrationsbeauftragten von NRW, Düsseldorf)

Katrin Oeser (Deutsches Rotes Kreuz, Berlin).

---

<sup>1</sup> Im Folgenden wird der generische Maskulin verwendet, was dem Lesefluss dienen, jedoch keinesfalls diskriminierend wirken soll.

### 3) *Vertreter von Institutionen:*

Jochen Köhnke (Koordinierungsstelle Migration und Interkulturelle Angelegenheiten, Münster)

Elena Marburg (Integrationsbeauftragte von Marzahn-Hellersdorf, Berlin)

Ingo Moldenhauer (Abteilung für Ausländerangelegenheiten, Dortmund)

Hans-Joachim Schlumm (Amt für Ausländerangelegenheiten, Münster).

Nach der Begrüßung durch den Intendanten des Hauses der Kulturen der Welt, Dr. Bernd Scherer, dem Vertreter der VolkswagenStiftung, Thomas Brunotte, dem stellvertretenden Vorsitzenden der DGV Hans Peter Hahn und Shahnaz Nadjmabadi für das Pressereferat der DGV begann die erste Diskussionsrunde zum Thema **Integration – quo vadis?**

Teilnehmer auf dem Podium waren Hans Peter Hahn, Ingrid Kummels, Hansjörg Dilger, Elena Marburg und Jochen Köhnke. Als Einstieg in die Diskussion erläuterten jeweils die Podiumsteilnehmer ihre Erfahrungen und Sichtweisen zum Thema in kurzen Statements:

Hans Peter Hahn charakterisierte die Ethnologen als sogenannte „latecomer“ im Bereich der Integration, da ihnen lange Zeit ein falscher Kulturbegriff im Wege gestanden habe. Er plädierte für eine Vorstellung von Kultur, die offen, veränderlich und von gesellschaftlichen Akteuren bestimmt werde. Er lehnte Begriffe wie den der Leitkultur oder der Entwurzelung genauso ab, wie den verpflichtenden Charakter von Integration als Folge von Migration. Stattdessen gelte es, das Konzept des Transnationalismus zu vertreten, das den Migranten zugesteht, in einer dritten Kultur zu leben, die sie zwischen ihrer Herkunftskultur und der ihrer Aufnahmegesellschaft kreierten. Integration sei deshalb nicht als Erwartung von Assimilation zu verstehen, sondern als Respekt vor dieser transnationalen Kultur.

Ingrid Kummels legte ihren Schwerpunkt auf die hochqualifizierten Migranten und die integrative Rolle von Universitäten. Die Toleranz für ausländische Studierende und Wissenschaftler, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind, sei gering. Einerseits werde die Internationalisierung der Hochschulen angestrebt, andererseits würden ausländische Studierende verpflichtet, die deutsche Sprache zu sprechen und Sprachtests abzulegen. Zur Gemeinschaftsbildung gehörten neben der Sprache aber auch gemeinsame Erfahrungen. Diese Basis für einen Austausch werde im aktuellen Kontext häufig vergessen, verlange aber auch eine gewisse Flexibilität im Umgang mit höher qualifizierten Migranten.

Hansjörg Dilger knüpfte an Hans Peter Hahns Ausführungen zum Konzept des Transnationalismus an und fügte das „simultaneous belonging“ hinzu. Er wies auf die Heterogenität der Gruppe der Migranten hin, die sich hinsichtlich ihrer Anliegen, Ziele und Motive für die Migration erheblich unterscheiden. Die Stärke der Ethnologen sieht er in ihrem Verständnis für Herkunftszusammenhänge von Migranten aus denen sich Zugehörigkeiten konstituieren und darin, dass sie die Rolle eines Vermittlers einnehmen können, der neue Perspektiven für die Praxis aufzeigen könne. Ethnologen gingen mit richtigen Fragestellungen und Methoden an

die Thematik heran, wenn sie sich beispielsweise mit kulturellen Aspekten des Gesundheitszustands von Migrantinnen befassen und dabei mit Langzeitforschungen punkten können.

Elena Marburg kritisierte die Zuschreibungen von außen, denen Migranten häufig ausgeliefert seien, die sowohl verletzend als auch rassistisch empfunden werden und zur Exotisierung beitragen. Sie beobachte bei ihrer Arbeit immer wieder, dass es Subkulturen – etwa in Sportvereinen oder Schulen – gibt, in denen Migranten und Deutsche untereinander mehr Gemeinsamkeiten entdeckten als mit ihren jeweiligen Herkunftskulturen. Das mache auch die Konstruiertheit der „deutschen Identität“ deutlich, die gemeinhin als Einheit von Sprache, Staatsbürgerschaft und Aussehen gedeutet wird. Demgegenüber zeige sich in der Praxis, dass die Kultur und die Identität eines Menschen nicht alleine von dessen ethnischer Herkunft abhängen. Das Ziel ihrer Arbeit sei es deshalb, die Entstehung heterogener Wirkgruppen in ihrem Bezirk zu fördern und die Basis für lokale Identifikationen und Gemeinsamkeiten jenseits der ursprünglichen Herkunft zu schaffen.

Jochen Köhnke betonte die Besonderheiten des Münsteraner Konzepts, das Integration als Gleichstellung verstehe. Schon aus demografischen Erwägungen – in 35 Jahren wird es in Münster eine Mehrheit mit Migrationshintergrund geben – ist Migration eine wichtige Querschnittsaufgabe, die unterschiedlichste Bereiche der Stadtverwaltung einbezieht. Untermauert von empirischen Studien habe man sich von überkommenen Vorstellungen verabschiedet, wie der, dass Migranten immer zusammen in einem Viertel leben wollen. Da der Grad der Erwerbstätigkeit unter Migranten deutlich vom Wohnviertel abhängig sei, sei es unerlässlich, Migranten besser über Schulen, Bauvorhaben und Bildungsmöglichkeiten zu informieren. Migranten seien nicht als Problem sondern als Chance für Kommunen aufzufassen, die untereinander im Wettbewerb um das Potenzial von Migranten stünden. Ethnologen kann er sich zum Beispiel für die Schulung von Ehrenamtlichen vorstellen, die einen großen Teil der Arbeit mit Migranten leisten oder auch als kulturelle Dolmetscher bei Familienbesuchen. Der Bedarf an derartigen Dolmetschern sei auch in der Verwaltung gegeben, wo eine interkulturelle Öffnung angestrebt werde: Menschen mit Migrationshintergrund sollten leichteren Zugang zu Tätigkeiten innerhalb der Verwaltung erlangen und Verwaltungsangestellte benötigten Schulungen für die kulturelle Sensibilisierung.

In der anschließenden **Diskussion** wurde seitens der Behördenvertreter hervorgehoben, dass die unmittelbare Anwendbarkeit ethnologischen Wissens in Hinblick auf zu schaffenden Rahmenbedingungen interessant sei. Die Lehrenden forderten, Ethnologen verstärkt in der Lehrerbildung einzusetzen, da kulturell unterschiedliches Verhalten oft zum Schulabbruch führe. Weiterhin könnten interkulturelle Schulungen als mögliches Betätigungsfeld von Ethnologen in Betracht gezogen werden. Migrationsprojekte sollten, wie etwa in der Schweiz im Gesundheitssektor, von Beginn in Zusammenarbeit mit Ethnologen konzipiert und durchgeführt werden.

Elena Marburg und Werner Schiffauer waren sich einig, dass Migrantenkulturen sich schnell und drastisch ändern. Werner Schiffauer plädierte deshalb für eine neue Expertise der Ethnologen. Deren Schwerpunkt müsse in den Städten liegen: Die städtischen Migrantenumilieus müssten Gegenstand der Feldforschung werden, hier können sich Ethnologen mit neuen Konzepten in Projekten zur Weiterentwicklung der Stadtgesellschaft einbringen. Sie

dürften sich nicht in der Universität verschanzen, ein echtes Angebot für die Praxis existiert bisher gar nicht. Es sei nicht damit getan, ein neues Verständnis von Kultur zu erlangen oder sich weiter mit Evaluierungen aufzuhalten, vielmehr brauche es Forschungen zu Angst und Konflikten in der Gesellschaft und einen Gegen-Diskurs zu generellen Assimilations-Forderungen, der deutlich mache, wann gesellschaftliche Heterogenität fruchtbar ist und wann nicht.

Allgemein wurde bemängelt, dass die außereuropäische Ethnologie zu praxisfern arbeite. Sie müsse sich verstärkt fragen, welche Transferleistungen sie der Gesellschaft zurückgeben kann. Transfer bedeute auch, sich auf Institutionen genauso einzulassen wie auf jedes andere ethnologische Feld. Im Übrigen seien Migrantenmilieus ein hybrides Feld, das sich nicht allein durch ethnologisches Hintergrundwissen über die Herkunftsgesellschaften erschließen lasse, sondern eigene Forschungen verlange. Von verschiedener Seite wurde im Rahmen dieser Diskussionsrunde eine stärkere Annäherung und ein intensiverer Austausch zwischen der europäischen Ethnologie/Volkskunde und der außereuropäischen Ethnologie/ Völkerkunde gefordert.

Zum Thema „**Vision und Alltag**“ stellten Maraike Krull de Hawie, Andreas Germershausen, Eva Maria Blum, Susanne Schröter, Martin Sökefeld und Werner Schiffauer das Podium.

Maraike Krull de Hawie bestätigte die bereits angesprochene Problematik, dass Ethnologen im Studium nicht auf die Praxis vorbereitet würden und die gezielte Vermittlung interkultureller Kompetenz fehle. Was das Studium allerdings leiste, sei eine Sensibilisierung für indigene Kulturen und Konflikte, insbesondere durch einen längeren Feldforschungsaufenthalt. Ethnologen hätten die Fähigkeit, offen zu sein, was allerdings nicht zu einer falsch verstandenen Toleranz oder zum Wegschauen verleiten dürfe, wie etwa beim „Multikulti“-Ansatz geschehen. Ob man als Ethnologe wirklich ein guter Vermittler sein kann, hänge letztlich von sehr unterschiedlichen Faktoren ab wie der einzelnen Universität, dem Schwerpunkt im Studium, der Persönlichkeit, sowie den Erfahrungen und Interessen. Sie selber habe nach dem Studienabschluss ein Fernstudium zum interkulturellen Trainer absolviert. Seminare zur interkulturellen Kompetenz sowie die Orientierung an konkreten Berufsfeldern sollten wichtige Inhalte des Ethnologiestudiums sein.

Andreas Germershausen schließt sich der Kritik an der praxisfernen Ausbildung von Ethnologen an den Universitäten an. Er pflichtete Werner Schiffauer darin bei, dass Ethnologen eine eigene sozialkulturelle Expertise entwickeln müssten. Behörden seien durchaus auf qualitative Daten und kleinräumige Forschungen in den Stadtvierteln angewiesen. Es gelte, sich gegen pauschale Assimilationsforderungen abzugrenzen und stattdessen die Vielfalt und Partizipation zu fördern sowie den lokalen Zusammenhalt zu stärken. Ein Problem sieht er in der Trägheit der Begriffsbildung: Wer ist der „Fremde“ und wie wird die Grenze zum Eigenen gezogen. Auf lange Sicht würden Einwanderer eben keine Fremden mehr sein.

Eva Maria Blum betonte die Entwicklungen im Integrationsbereich und dass sich langsam ein Bewusstsein für Transnationalität durchsetze, das weiter gefördert werden müsse. Deutschland beginne, sich nun auch endlich als Einwanderungsland zu begreifen. Jetzt müsse auch

klar werden, dass Migration alle etwas angeht, gleich ob Stadtverwaltung, Gesundheits- oder Bildungsbereich. Ein mögliches Arbeitsfeld für Ethnologen sei das interkulturelle Training. Aus ihrem eigenen Studium habe sie ein dynamisches Kulturverständnis mitgenommen. Allerdings werde Kultur in den Institutionen selten als Prozess gesehen, hier herrsche noch ein essentialistischer Kulturbegriff vor. Die Gesellschaft wisse im Allgemeinen nicht, was Ethnologen eigentlich leisten können. Sie selbst arbeite gerne mit ihnen zusammen, weil sie insbesondere deren methodische Kompetenzen schätze. Ethnologen wüssten, wie man mit Fremden in Kontakt kommt, sie tun sich im Feld leichter und sind auch für die Vor- und Nachbereitung methodisch gut gerüstet.

Susanne Schröter knüpft an die Frage nach der Ausbildung von Ethnologen an. Diese sei zwar praxisfern, habe seine Stärken aber im Kulturverständnis, der Sensibilisierung, der Empathie und der Auswertung von Daten. Diese Sensibilisierung lasse sich am besten durch Auslandsaufenthalte erreichen, ggf. aber auch durch den Kontakt zu Migranten im Inland. Es bestehe allerdings Reformbedarf bei praxisrelevanten Schlüsselqualifikationen etwa beim Erlernen von Managementfähigkeiten. Das Praxisfeld für Ethnologen sei potentiell sehr groß und schließe u.a. auch Politikberatung und Konfliktmediation ein.

Für Martin Sökefeld steht fest, dass es *die* einheitliche Praxis nicht gibt, für die Ethnologen ausgebildet werden könnten. Stattdessen gelte es, Kernkompetenzen zu vermitteln, etwa im Bereich der Methode und der Annäherung an ein Forschungsfeld. Er bezeichnete Ethnologie als die Wissenschaft, die das Selbstverständliche hinterfragt und auch zur kritischen Betrachtung der Praxis befähigt. Die Ethnologie müsse verstärkt darauf hinarbeiten, was ihre Aufgabe und ihre Verantwortung in der Gesellschaft sei. Maraike Krull de Hawies Kritik an „Multikulti“ aufgreifend erklärte er, dass man diesem Konzept nicht die Schuld an den Integrationsproblemen zuweisen könne, da es in Deutschland nie eine praktische multikulturalistische Politik gegeben habe. Die Idee des Multikulturalismus sei eine Antwort auf die „Gastarbeiterideologie“ gewesen, die von staatlicher Seite zu einer Segregation der Einwanderer führte und diese so an der Integration gehindert habe.

Werner Schiffauer greift den Begriff der falsch verstandenen Toleranz auf (Maraike Krull de Hawie) und beklagt, dass es sich hierbei um das Stichwort eines Sicherheitsdiskurses handele, die insbesondere nach dem 11. September 2001 übermächtig wurde und zu massiven Einflussnahmen von Sicherheitsbehörden auf Integrationsfragen geführt habe. So werden von Migranten initiierte Projekte teilweise als gefährlich eingestuft und deshalb nicht gefördert. Diesem Diskurs stünden Ethnologen bislang hilflos gegenüber. Es wäre wünschenswert, dass Ethnologen ihr Netzwerkwissen nutzen, Argumente vermitteln, die Praxis kritisieren und in Koalition mit den Ämtern gegen ein übertriebenes Sicherheitsdenken im Integrationsdiskurs eintreten.

Die anschließende **Diskussion** thematisierte die Rolle des Ethnologen als „Kritiker“. Werner Schiffauer erklärte, dass es ohne „Kritiker“ kein Hinterfragen des Verwaltungshandelns gäbe. Ohne sie wäre Kommunalarbeit wegen ihres starren Festhaltens an festgefahrenen Kursen zum Scheitern verurteilt. Bei aller Kritikfähigkeit seien Ethnologen durchaus in der Lage sich einzupassen und sich kooperativ zu verhalten. Eva Maria Blum sprach sich ebenfalls deutlich für eine Ausbildung zur Kritikfähigkeit aus. Genau das sei die Stärke der Ethnologie und sie

selbst könne diese durchaus in die Praxis einbringen. Andreas Germershausen unterstrich ebenfalls die Einschätzung, wonach Kritik für einen kommunikativen Prozess unabdingbar sei. Jochen Köhnke blieb bei seiner Überzeugung, dass sich Ethnologen als Kritiker nur schlecht verkaufen könnten. Der konkrete Nutzen der Kritik müsse den Praktikern und auch der Öffentlichkeit erst mal vermittelt werden. Es sei eine Frage der Prioritätensetzung und reine „Kritiker“ würden einfach nicht eingestellt. Als Nachtrag zu Werner Schiffauer gab er an, keinen Fall zu kennen, bei dem der Verfassungsschutz eine Entscheidung beeinflusst hätte.

Der letzte Themenblock unter dem Titel „**Brennpunkte: Bildung – Gesundheit – Aufenthalt**“ versammelte auf dem Podium Ingo Moldenhauer, Hans-Joachim Schlumm, Katrin Oeser, Ursula Bertels, Sabine Klocke-Daffa, Michael Schnegg und Helene Basu.

Ingo Moldenhauer führte aus, dass der Dienstleistungsgedanke in seinem Amt für Ausländerangelegenheiten so umgesetzt wurde, dass man eine räumliche und fachliche Trennung zwischen der Abteilung für Dienstleistungen und Beratung sowie dem ordnungsrechtlichen Bereich vollzog. Ersterer sei am offenen kommunale Bürgerbüro orientiert und nennt sich „Bürgerdienste international“. Dennoch ließe sich das Dienstleistungsangebot für Ausländer noch weiter verbessern etwa in Form von Fortbildungen für die Fachangestellten. Ein Forum des Austauschs und auch der Kritik seien etwa jährliche Treffen mit ausländischen Studierenden, die dem gegenseitigen Verständnis sehr förderlich seien.

Hans-Joachim Schlumm vermittelte zunächst einen Einblick in die verschiedenen rechtlichen Kategorien von Migranten und betonte die Bindung der Beamten an die Gesetze. Es gebe offizielle Kriterien, anhand derer die Integrationsleistung von Migranten bewertet würden: Sprache, Arbeit, Straffälligkeit aber auch Mitgliedschaft in einem deutschen Verein sind relevante Kriterien bei der Erteilung von Aufenthaltstiteln bzw. der Einbürgerung. Besonders schwierig sei die Situation der ausländischen Langzeitstudierenden. Man biete ihnen zwar nach Möglichkeit Hilfestellungen an, eine Verlängerung ihres Aufenthaltes sei allerdings nicht immer möglich. Seiner Meinung nach könnten Ethnologen in den Bereichen Arbeitsaufnahme, Familienzusammenführung und Bildung eingesetzt werden.

Laut Katrin Oeser bestehe die Herausforderung für Ethnologen in der Förderung der interkulturellen Öffnung in den öffentlichen Institutionen. Sie würden als Übersetzer zwischen unterschiedlichen Diskursen benötigt und wären damit genauso gut auch in der Unternehmensberatung einsetzbar. Interkulturelle Öffnung versteht sie als Fortbildung zur interkulturellen Kompetenz im Sinne eines Perspektivwechsels, der es ermöglicht, eigene Normen und Werte zu hinterfragen – eine Fähigkeit, die Ethnologen besitzen. Zur aktuellen Integrationspolitik merkte sie an, dass zwar Bewegung in die Debatte der Migrationsplanung komme, jedoch noch weiter an kultursensiblen Organisationsformen gearbeitet werden müsse. Anstatt Migration lediglich zu „verwalten“, müsse das Ziel die Herstellung gleicher Handlungschancen für alle sein. Der Erfolg von Beratung und Integrationsleistungen ist dabei eben nicht messbar (z.B. an Parametern wie dem Besuch von Kursen, der

Eingliederung in den Arbeitsmarkt, der Mitgliedschaft in einem Verein oder dem gesellschaftlichen Engagement), weil Integration dadurch auf eine individuelle Leistung reduziert werde.

Ursula Bertels ist Vorsitzende eines Vereins, der mit starkem ethnologischem Ansatz interkulturelle Kompetenz vermittelt. Dabei greifen die Mitglieder auf ihre eigenen Feldforschungserfahrungen und die erlebten interkulturellen Spannungsfelder zurück. Bei der Zusammenarbeit mit Behörden sei die unterschiedliche Benutzung der Begrifflichkeiten eine echte Herausforderung. Deshalb empfehle es sich, zu Beginn jedes Seminars eine Begriffsdefinition vorzunehmen. Schulungen und Beratungen in diesem Bereich seien dringend erforderlich, da sich die Verwaltungsangestellten in interkulturellen Fragen häufig alleingelassen fühlten. Dabei gehe es nicht um die Vermittlung kulturspezifischen Wissens, sondern vielmehr um Förderung des beidseitigen Verständnisses.

Sabine Klocke-Daffa plädierte deutlich für eine stärkere Durchlässigkeit zwischen Wissenschaft, Institution und Öffentlichkeit. Dazu gehöre, dass praktische Anforderungen Eingang in die Lehre finden, wo interkulturelle Kompetenz in Form von praktischen Übungen und Seminaren trainiert werden könne. Grundsätzlich sollten sich Ethnologen verstärkt mit der eigenen Gesellschaft befassen, in einen Dialog mit Migranten treten und damit allgemeine Ausgrenzungsmechanismen offenlegen. Die Ethnologie stehe in der Verantwortung ihr Wissen über „die Anderen“ zu vermitteln. Dieses Wissen werde durchaus angefragt, es müsse jedoch noch verständlicher und transparenter gemacht werden, wozu auch die Zusammenfassung von Forschungsergebnissen in allgemeinverständlicher Sprache gehöre. Einerseits müsse von Seiten der Ethnologen mehr Initiative erwartet werden, andererseits wäre es wünschenswert, wenn Behörden mit ihren kulturrelevanten Fragestellungen auf Ethnologen zügigen, wobei ihnen klar sein muss, dass Ethnologen keine Patentlösungen anbieten sondern nur Prozesse begleiten können.

Michael Schnegg übte Kritik an der Einteilung von Menschen in sich voneinander abgrenzende Kulturen und Nationalitäten, besser sei das Modell der pluralen Identität. Die Stärken der Ethnologen sieht er nicht primär in ihrer Fähigkeit als interkulturellen Mediator. In der Ausbildung lerne man vielmehr das Denken und Handeln von Menschen zu analysieren, und das Zusammenspiel von Strukturen und Handlungsmechanismen offen zu legen. So zeigt etwa eine aktuelle Studie, dass nicht das Geburtsland sondern die Bildung für den Zugang zum Gesundheitssystem entscheidend sind. Es müsse von staatlicher Seite darum gehen, spezifische Rechte zu stärken und die Migranten nicht nur auf ihre Herkunftskultur zu reduzieren.

Helene Basu forderte, dass Wissenschaft und Praxis einander näher gebracht werden müssten, beide arbeiten aber mit unterschiedlichen Begriffen. Aus ihrer Erfahrung im Bereich der transkulturellen Psychiatrie thematisierte sie die Fragestellung vom Normalen und Abnormalen, wie man in anderen Kulturen mit letzterem umgeht und der Konstruktion von Andersartigkeit allgemein. Sie legte das Dilemma eines Arztes zwischen ethischen Verpflichtung und dem Gesetz dar, wenn sich ein „Illegaler“ hilfeschend an ihn wendet. Gleichzeitig eröffne beispielsweise die Tätigkeit eines afrikanischen Psychiaters deutschen Patienten die Möglichkeit, bei ihm ganz offen über Hexerei zu sprechen, wohingegen sie sich bei seinem deutschen Kollegen unverstanden oder nicht ernst genommen fühlten.

In der anschließenden **Abschlussdiskussion** wird nochmals die Frage aufgegriffen, welche Kompetenzen von Ethnologen im Rahmen des Arbeitsfeldes „Integration“ eigentlich erwartet würden. Die beiden Leiter von Ausländerbehörden beantworteten dies mit der interkulturellen Kompetenz. Ingo Moldenhauer wünschte sich, dass „von oben“ das Ziel vorgegeben werde, Integration umzusetzen. Trotzdem müsse auch „von unten“ mit den Migranten und deren Alltag umgegangen werden. Um diesen Zugang, diese Annäherung an migrierende Gruppen zu verbessern, wären Schulungen durch Ethnologen sinnvoll. Dem pflichtet Hans-Joachim Schlumm bei und gab zu bedenken, dass er selbst oft in einem Dilemma stecke zwischen Befolgung des Gesetzes und dem vom Gesetz betroffenen Menschen, er frage sich beispielsweise wie er den Beschluss zur Abschiebung eines Migranten diesem aber auch der eigenen Gesellschaft verständlich machen könne.

Eva Maria Blum wünschte sich einen engeren Kontakt und mehr Durchlässigkeit zwischen öffentlichen Institutionen und Universitäten, damit Forschungsergebnisse den Weg in die Praxis finden. Insbesondere bei Arbeiten, die Studenten im Bereich ihres Amtes angefertigt haben oder auch durch Tagungen mit Praktikern und Forschern in denen Beispiele für „best practice“ in unterschiedlichen Bereichen vorgestellt werden. Zudem hält sie einen öffentlichen Diskurs beispielsweise über die Berichterstattung in türkischen Medien zu Migrationsthemen für sehr lohnenswert. Michael Schnegg schlug vor, die jeweiligen Stakeholder zu identifizieren, die den Forschungsprozess mitbestimmen und auf diese einzuwirken. Jochen Köhnke hält es für sinnvoll, die „Dienstleistung Ethnologie“ öffentlicher zu machen und besser auf den Markt zu bringen. Der Wunsch nach Unterstützung durch Ethnologen sei bei den Behörden durchaus vorhanden, allerdings müssten Ethnologen ein besseres Verständnis dafür entwickeln, welche Fähigkeiten nachgefragt sind. Integration müsse zudem von einer freiwilligen zu einer Pflichtaufgabe des Staates werden, wobei Ethnologen die Politik entsprechend beraten könnten.

Ingo Moldenhauer bekräftigte den Wunsch nach Unterstützung durch Ethnologen. Die Verwaltung stehe immer wieder unerwartet neuen Migrantengruppen gegenüber, ohne darauf vorbereitet zu sein. Katrin Oeser sprach sich für einen kontinuierlichen Dialog zwischen Forschern und Praktikern aus und wies darauf hin, dass es auch NGO's gäbe, die sich über einen Austausch mit der Wissenschaft freuen. Sabine Klocke-Daffa wiederholte ihre Forderung nach mehr Praxisbezug von Forschung und Lehre. Das Wissen über die sich wandelnde Stadtgesellschaft sei wichtig für Integrationsfragen und damit auch für die unterschiedlichen kommunalen Ämter. Integration finde über Lebensumstände und nicht über die Herkunft statt. Sie sprach sich für die Einrichtung von lokalen Austauschforen aus, die auf kommunaler Ebene einen Überblick über das Angebot und die Bedürfnisse verschaffen und Elena Marburg wünschte sich mehr konkrete Hilfestellung von Seiten der Ethnologen. Sie wurde zum Beispiel in ihrem Bezirk mit der Roma-Thematik konfrontiert und hätte hier klare Handlungsvorschläge benötigt.

Im Schlusswort forderte Shahnaz Nadjimbadi insbesondere die universitären Teilnehmer auf, dafür zu sorgen, dass die Belange der Praxis stärker in der Wissenschaft wahrgenommen und verankert werden.